

B E S C H L U S S

B e z i r k s a m t P a n k o w v o n B e r l i n

Beschlussgegenstand: Mehr Raum zur Entfaltung – attraktive Wohnviertel durch Entschleunigung

Beschluss-Nr.: VIII-1269/2020 Anzahl der Ausfertigungen: 8

Beschluss-T.: 04.02.2020 Verteiler:
- Bezirksbürgermeister
- Mitglieder des Bezirksamtes (4x)
- Leiter des Rechtsamtes
- Leiter des Steuerungsdienstes
- Büro des Bezirksbürgermeisters

Das Bezirksamt beschließt:

Die aus der Anlage ersichtliche Vorlage ist der Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben.

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:
VIII-0944

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

1. Zwischenbericht

Mehr Raum zur Entfaltung – attraktive Wohnviertel durch Entschleunigung

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 27. Sitzung am 30.10.2019 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-0944 –

„Das Bezirksamt wird ersucht, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK), der BVG und der Polizei die Abkopplung von Wohnquartieren in Pankow vom Durchgangsverkehr zum Beispiel mittels eines Systems von Einbahnstraßen (sog. „Superblocks“) zu prüfen und im Rahmen eines Modellprojekts durchzuführen.

Hierzu ist in einem ersten Schritt eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, deren Untersuchungsbereich insbesondere die Wohnquartiere:

- Kollwitzkiez
- Bötzowviertel / Grüne Stadt
- Komponistenviertel
- Winsviertel

- Helmholtzplatz
- Gebiet um den Arnimplatz
- Gebiet um den Humanplatz
- Gebiet Alter Schlachthof / Blankensteinpark

umfassen soll.

Im Ergebnis der Machbarkeitsstudie ist mindestens ein Wohnquartier zur Umsetzung auszuwählen. Die Umsetzung im Rahmen eines zeitlich befristeten Modellprojekts erfolgt mittels eines integrierten Ansatzes unter Einbindung des ÖPNV. Auftretende Fragestellungen sind in regelmäßigen Abstimmungsrunden der Verwaltung mit Polizei und BVG abzuklären. Erfahrungen mit den Mobilitätskonzepten der Städte Kopenhagen, Barcelona und Vitoria-Gasteiz sind hierbei zu berücksichtigen. Die Anwohner*innen und Gewerbetreibenden sind frühzeitig umfassend über die Planung und deren Fortgang zu informieren und zu beteiligen.

Die Ergebnisse des Modellprojekts sind zu evaluieren und im Anschluss die dauerhafte Einrichtung sowie Ausweitung auf weitere Wohnquartiere zu prüfen.“ –

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Die Umsetzung des Beschlusses erfordert angesichts des Aufgabenumfanges sehr hohe finanzielle und personelle Kapazitäten, die den betroffenen Fachämtern nicht zur Verfügung stehen. Trotzdem ist das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit SenUVK und vor allem auch den Verkehrsinitiativen, die bereits in Workshops Vorschläge für Verkehrsberuhigung in verschiedenen Wohnquartieren unterbreitet haben, dabei das Ersuchen der BVV, soweit es möglich ist, umzusetzen. Dazu wird u. a. eine ämterübergreifende AG Mobilität unter Leitung des zuständigen Bezirksamtsmitgliedes eingerichtet. Außerdem nehmen Fachleute der zuständigen Ämter an den Workshops der Verkehrsinitiativen teil, erste Ergebnisse sollen Mitte Februar an das Bezirksamt übergeben werden. Daran wird sich eine Bewertung und Priorisierung seitens der Fachämter anschließen. Um der wesentlichen Zielstellung des Beschlusses Folge zu leisten, wird vorgeschlagen, sich zunächst mit der detaillierten Betrachtung auf ein Wohnquartier zu beschränken und unter Beteiligung aller unmittelbar betroffenen Akteure einen verkehrlichen Feldversuch zu initiieren. Hierfür sind den Fachämtern die erforderlichen Ressourcen (z. B. für den Partizipationsprozess, die Projektkoordination, die Maßnahmenplanung, Anordnung, Umsetzung und Überwachung sowie für den gesamten Evaluierungsprozess etc.) über den gesamten Zeitraum zur Verfügung zu stellen. Unabhängig davon wird die gesetzliche Konformität des Modellprojekts gegenüber der Straßenverkehrsordnung grundsätzlich vorausgesetzt. Dies ist im Vorfeld der konkreten Umsetzung durch die zuständige Straßenverkehrsbehörde zu prüfen.

Wir werden weiter berichten.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Vollrad Kuhn
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und
Bürgerdienste